



## Wir brauchen eure Waffen nicht! Für Arbeit, Brot und Frieden!

Kahlschlag in Krankenhausversorgung und Pflege, ein marodes Bildungssystem, Wohnungsnot, zunehmende Kinder- und Altersarmut oder die explodierenden Lebenshaltungskosten sind Folgen einer Politik gegen unsere Interessen. Das dringend benötigte Geld wird

(2,4) sollen zusammen immer noch rund 10 Mrd. Euro weniger als das Militär erhalten! Allein bei der Gesundheit soll gegenüber 2023 (24,48 Mrd.) um 33,7% gekürzt werden. Die Militärausgaben sollen von knapp 35 Mrd. 2014 auf 84 Mrd. 2024 steigen – das ist weit



mehr als eine Verdopplung innerhalb von zehn Jahren! Was sich hier „Verteidigung“ nennt, ist ein sozialpolitischer Angriff auf die eigene Bevölkerung.

Ohne breiten Widerstand wird die „Fortschrittskoalition“ diesen fatalen Rückschritt für Frieden, Soziales und Klimaschutz skrupellos durchwinken.

angeblich für „unsere Verteidigung“ gebraucht. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 sind 20%, also 84 Milliarden, für das Militär veranschlagt. Die Ministerien für Bildung (20,3), Gesundheit (16,2), Entwicklung (11,5), Wirtschaft & Klima (10,9), Wohnen (6,9), Auswärtiges (6,1) und Umwelt

### Kriegskredite heißen jetzt Sondervermögen

Vorgeblich als „Reaktion“ auf den russischen Einmarsch in die Ukraine wurde trotz Schuldenbremse, die natürlich

Fortsetzung Seite 2

## Über die Rolle der AfD

Das Erstarken der nationalistisch-rassistischen AfD wird von bürgerlichen Kommentatoren bis hin zu linken Kräften als DIE Rechtsentwicklung in unserem Land analysiert. Doch der Aufschwung der AfD ist eher eine Erscheinung als das Wesen der reaktionären Entwicklung. Derzeit erleben wir die Intensivierung der Repression gegen fortschrittliche Bewegungen, die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft (siehe die aktuellen Bundeswehrkampagnen), eine demagogische Hetze gegen Flüchtlinge sowie eine Gleichschaltung der Medien. Kritik an dem von der Ampelregierung im Interesse der herrschenden Klasse betriebenen Aufrüstungs- und (Wirtschafts-) Kriegskurs soll verhindert werden. Diese Poli-

tik führt aber zur Verarmung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung. „Ruhe an der Heimatfront“ ist also höchstes Gebot. Ähnlich wie in Italien und anderen Ländern Europas erleben wir jedoch einen rapiden Verlust der Bindungsfähigkeit der etablierten Parteien. Diese Lücke füllt die AfD mit ihrer scheinbar sozialen und nationalen Demagogie. Gebraucht wird die AfD von der herrschenden Klasse, um zu verhindern, dass der Widerspruch zur Kriegs- und Kahlschlagpolitik nach links geht, gar grundsätzlich, also anti-kapitalistisch wird. Protestpotenzial soll durch die Scheinalternative AfD systemstabilisierend absorbiert werden. Es bleibt die Frage, von wo aus die tatsächliche Rechtsgefahr ausgeht.

## Mogelpackung Kindergrundsicherung

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche verkündete Ende August, eine der dringendsten Aufgaben für sie sei es, die Armutsrisiken für Kinder und Jugendliche zu beseitigen. In Deutschland sind laut Mitteilung des Statistischen Bundesamtes aktuell 24% der Kinder und Jugendlichen von Armut und von sozialer Ausgrenzung bedroht. Die Einführung der Kindergrundsicherung soll künftig die zentrale Hilfe für alle Kinder und Jugendliche durch die Bundesregierung sein. Sie soll für 5,6 Millionen Kinder gelten, von denen rund 2 Millionen bereits heute Hartz IV-Leistungen, jetzt schönfärbisch Bürgergeld genannt, beziehen.

### Atombomber statt Kinderförderung?

Das Bundeskabinett billigte Ende September den vorgelegten Gesetzentwurf einer Kindergrundsicherung ab 2025 nach vielen Querelen. Ursprünglich rechnete die Ministerin Paus (Grüne) mit Kosten von 12 Milliarden € jährlich. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge ist der Meinung, dass mindestens 20 Milliarden € pro Jahr benötigt würden, um Chancengleichheit für alle Kinder hierzulande zu erreichen. Nachdem die Bundesregierung den Rotstift ansetzte, reichen nun auch ab 2025 bereits 1,95 Milliarden €. In diesem Betrag sind 408 Millionen € für die Bundesagentur für Arbeit enthalten. Diese soll damit die Bewilligung und Auszahlung der Kindergrundsicherung durchführen. Allein die F-35-Tarnkappenbomber, mit denen die modernisierten US-Atombomben ins russische Ziel geflogen werden sollen, kosten 10 Milliarden – also mehr als das Fünffache!

Fortsetzung Seite 2

nur bei Ausgaben für Soziales gelten soll, ein Sonder"vermögen" für die Bundeswehr von 100 Milliarden aufgelegt. Diese Ausgaben (man fühlt sich an die Kriegskredite vor dem ersten Weltkrieg erinnert) sind aber Schulden, die wir alle spätestens ab 2031 zurückzahlen sollen. Bereits im Oktober 2021 – also weit vor der russischen Intervention – berichtete der Spiegel über ein sechsseitiges Argumentationspapier aus dem Verteidigungsministerium, in dem es um ein "Sondervermögen Bundeswehr" in Höhe von 102 Milliarden Euro gegangen sein soll. Die Existenz dieses Papiers wird nicht bestritten, es unterliegt aber – wer hätte es gedacht – der Geheimhaltung. Was von langer Hand geplant wurde, sprach Bundeskanzler Scholz Ende Mai 2022 aus: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen.“

### Verteidigung?

Die geplanten Rüstungsprojekte zeigen, dass es hier um alles andere als Verteidigung geht:

- ▶ 35 neue Tarnkappenbomber F-35, die als Trägersystem für modernisierte US-Atombomben B61-12 dienen. Diese B61-12 sind in der Sprengkraft variable, bunkerbrechende und hochpräzise Entauptungswaffen. Kosten: 10 Mrd. Euro.
- ▶ Mit dem Kampfflugzeugsystem Future Combat Air System (FCAS) für geschätzt 500 Milliarden Euro soll mit Drohnenschwärmen und Künstlicher Intelligenz die globale Luftüberlegenheit erreicht werden.
- ▶ Das neue Kampfpanzersystem Main Ground Combat System (MGCS) soll mit Robotern und Hochgeschwindigkeitsraketen jede Panzerschlacht gewinnbar machen.
- ▶ Das Raketenabwehrsystem „Arrow 3“ (Kosten: knapp vier Mrd. Euro) soll

im Rahmen der European Sky Shield Initiative (ESSI) die Zweitschlagsfähigkeit Russlands einschränken und einen Atomkrieg „führbar“ machen.

- ▶ Die Eurodrohne soll bewaffnet mit der Panzerabwehrkrakete „Brimstone“ sowie einer lasergeleiteten Bombe allen bisherigen Kampfdrohnen überlegen sein. Deutscher Kostenanteil: mindestens 4 Mrd. Euro.
- ▶ Für die Deutsche Marine werden u.a. 15 Fregatten (die dann „unsere Freiheit“ im Südchinesischen Meer „verteidigen“?), 12 U-Boote des Typs 212CD (Stückpreis ca. 900 Mio.) und acht Seefernaufklärer vom Typ P8A Poseidon angestrebt. Zur Finanzierung sind 19,4 Mrd. des „Sondervermögens“ vorgesehen. Statt auf Diplomatie und Vertrauensbildung zu setzen, forciert die Ampel Aufrüstung und militärische Machtprojektion im Interesse des deutschen Kapitals. Damit befördert sie ein neues Wettrüsten, destabilisiert die geostrategische Lage und riskiert einen neuen Weltkrieg, der sehr schnell zu einem Atomkrieg werden könnte.

### Gewerkschaftliche Gegenwehr

Um diesen Wahnsinn zu verhindern, bedarf es breiten Widerstands aus der gesamten Gesellschaft. Hier ist es wenig hilfreich, wenn ver.di und IGM



### Kinderarmut weiter gesichert!

In Stuttgart leben über 13500 Minderjährige, die Hartz IV-Leistungen, jetzt Bürgergeld genannt, beziehen. Die Anzahl der bedürftigen Minderjährigen in Stuttgart wird von Hilfsvereinen auf über 30000, das ist fast ein Drittel, geschätzt. Im Koalitionsvertrag von Ende November 2021 haben SPD/Grüne/FDP vereinbart: „Wir wollen mehr Kinder aus der Armut holen.“ Für die Kindergrundsicherung, wenn die Verwaltungskosten abgezogen sind, stehen somit nur rund 1,5 Mrd. € jährlich bereit. Damit entfallen auf jedes von Armut bedrohte und sozial ausgegrenzte Kind weniger als 23 € monatlich. Fürwahr eine große Hilfe. Der seit Juli 2022 monatlich gezahlte Sofortzuschlag von monatlich 20 € für armutsbedrohte Kinder wird ab 2025 den Kindern von Asylbewerbern ersatzlos gestrichen. Laut Finanzministerium geschieht dies, um „unklugen Fehlansätze“ im Asylrecht zu verhindern. Wahrlich eine bodenlose Diskriminierung der Kinder von Asylbewerbern.

gewerkschaftliche Grundpositionen revidieren und sich NATO-konform für Waffenlieferungen in die Ukraine und Wirtschaftssanktionen aussprechen oder Russland die alleinige Schuld am Ukraine-Krieg zuschreiben. Aber es gibt auch Stimmen in den Gewerkschaften, die sich konsequent gegen Aufrüstung und Militarismus zur Wehr setzen. Diese gilt es zu unterstützen. Ohne die Arbeiterbewegung wird sich dieser Kriegskurs nicht aufhalten lassen.

## Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen - Zukunft friedlich und gerecht gestalten

## Bundesweite Demo am 25.11. in Berlin

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesell-

schaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Vollständiger Aufruf: <https://frieden-und-zukunft.de/aufruf-zur-bundesweiten-demo-am-25-11-in-berlin/>

## Abwärtsspirale Gesundheitsversorgung?

Die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in diesem Land hat mehrere Komponenten: Die Bundesländer kommen ihrer Verpflichtung nicht genügend nach, die Investitionskosten der Krankenhäuser zu finanzieren. In zehn Jahren, bis 2019, ist ein Investitionsstau aufgelaufen von über 30 Mrd. €, und jährlich kommen ca. 4 Mrd. € hinzu. Die Krankenhäuser versuchen sich zu helfen, indem sie unaufschiebbare Baukosten mit Personalstellen finanzieren, d.h. Krankenkassengelder, die ihnen für die Patientenversorgung gezahlt werden, werden entsprechend zweckentfremdet und stehen für die Versorgung nicht

Sana-Konzern hat 67 Mio. € Gewinn innerhalb von 12 Jahren eingestrichen.

### "Gesundheitsreform" im Zeichen der Kriegswirtschaft

„Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.“ (SPD-Vorsitzender Lars Klingbeil, Juni 2022) Das meint er v.a. militärisch. Deshalb soll im Bundeshaushalt 2024 der Gesundheitsetat von jetzt 24,48 Mrd. um 33,7% auf 16,22 Mrd. gekürzt werden. Damit sind die politischen Rahmenbedingungen für die Reform des Gesundheitswesens auf unsere Kosten gesetzt.

### Ein Angriff auf unsere Gesundheitsversorgung

Gesundheitsminister Lauterbach und der baden-württembergische Sozialminister Lucha akzeptieren die militärischen Prioritäten, sind aber auch zu blauäugig und konzernhörig, um die Abwärtsspirale in der Gesundheitsversorgung aufzuhalten.



mehr zur Verfügung. Hinzukommt die Zweckentfremdung als Aktionärsgewinne von Klinikkonzernen: Allein der

Lucha findet, einerseits seien angeblich unrentable weil unausgelastete Krankenhäuser zu schließen, ande-

## Klimaprotest – Letzte Idee: Verbot

Wie hält man eigentlich Ruhe an der Heimatfront? Klar, durch immer mehr Repressionen wie etwa Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit. Als eine der ersten Städte bundesweit hat Stuttgart ein Verbot für Aktionen von Klimaaktivisten ausgesprochen, die Straßen blockieren und sich teilweise dort festkleben. Ob dieses Verbot überhaupt juristisch haltbar ist, bleibt offen. Die Stadt verschärft damit die Gangart gegenüber den meist jungen Aktivisten, die als eine der wenigen Protestbewegungen hierzulande überhaupt zivilen Widerstand leisten. In Bayern wurden dieses Jahr sogar schon zwei Aktivisten zu zweimonatigen Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt für ihren Straßenprotest. Stuttgart möchte nun wohl nachziehen in der Hardliner-Politik gegen harmlosen Protest, der den Verkehr für einige Minuten aufhält. Die CDU sah in dem Verbot gar ein notwendiges Mittel zur »Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens«.

### Zunehmende Repression

Bislang beließ OB Nopper es bei den schon aus anderen Städten bekannten Vorwürfen, aufgrund der Blockaden könnten Rettungswagen nicht mehr durchkommen und die Aktivisten gefährdeten somit Menschenleben. In Stuttgart teilte das DRK mit, dass ein Patient das Krankenhaus rechtzeitig erreichen konnte, nachdem er zuvor wegen einer Protestaktion im Stau gestanden hatte. Das wird Nopper und andere rechtspopulistische Kräfte bis hin zur AfD freilich nicht daran hindern, weiterhin durch solche schmutzigen Schuldzuweisungen, Stimmung gegen die Klimakleber zu machen, die mit ihren eigenwilligen Aktionen ja immerhin ein wenig die Grabesruhe stören, die wir hier in Deutschland ansonsten haben. Im Gegensatz zu Frankreich, wo es vielfältigen sozialen Protest gegen Macrons Politik gibt, lassen sich die Menschen hier noch vom bürgerlichen Mediendiskurs einlullen und für den Kriegskurs der Re-

rerseits empfiehlt er, es sollten doch nicht mehr so viele Patienten in die Kliniken kommen und sich stattdessen in den Arztpraxen behandeln bzw. operieren lassen. Wie soll das denn gehen? – Ist ihm entgangen, dass z.Z. in Baden-Württemberg über 1000 Arztpraxen fehlen? (2022: 2453-1637 zu versorgende EW/Allgemeinarzt im Vgl. zu 2016) Dabei ist der Regierungsbezirk Stuttgart sogar schlechter versorgt als die Regierungsbezirke Freiburg, Karlsruhe und Tübingen.

### Patienten und Beschäftigte sind die Leidtragenden

Der Personalmangel in den Kliniken ist sogar bei Lucha inzwischen angekommen, sodass er findet, man müsse sich in der Frage „ehrlich machen“. Aber die Gewerbeaufsichtsämter sind erblindet (auch aufgrund von Personalmangel) angesichts all der Verstöße gegen Arbeits- und Arbeitszeitschutz und Überlastungsanzeigen, die daraus entstehen. Die negativen Konsequenzen für die Patienten tauchen u.a. im jährlichen Krankenhausreport der AOK oder Ersatzkasse auf ... Lauterbach findet, man könne die Anzahl der Kliniken in Deutschland deswegen nicht mehr betreiben – und empfiehlt die Personalumverteilung durch Klinikschließungen ... als ob Krankenhausbeschäftigte Schachfiguren wären.

gierung empfänglich machen. Protest wird als zwecklos empfunden und man fügt sich lethargisch dem scheinbar alternativlosen Gang der Dinge. Die Kriminalisierung der Klimaproteste passt in das Bild eines bürgerlichen Staates, der aufrüstet. Auch bei der 1. Mai - Demo griff die Polizei ja unverhältnismäßig durch, setzte Tränengas und Schlagstöcke ein und sorgte so für Verletzte. Es deutet einiges darauf hin, dass die Herrschenden verstärkt auf Repression setzen. So wollen sie Unmut und Frust über die negativen Auswirkungen ihrer Kriegstreiberpolitik dämpfen oder von vornherein unterbinden. Im Zuge des Kriegskurses der Regierung gegen Russland dürften solche Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit noch zunehmen und wir müssen wachsam und kampfbereit bleiben und Bewegungen unterstützen, die Sand ins Getriebe der bürgerlichen Gesellschaft streuen.

## Unzumutbare Zustände

Das Kapital braucht billige Arbeitskräfte und lockt daher Menschen aus dem Ausland an, um sie in den schlechtbezahltesten Berufen einzusetzen, deren Entlohnung oft nicht einmal für Miete und Essen reicht. Aber wer glaubt, dass der bürgerliche Staat dann wenigstens unkomplizierte Verfahren zur Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung schafft, irrt sich.

### Willkommenskultur?

Die Stuttgarter Ausländerbehörde als größte des Landes ist massiv überfordert und hat zu wenig Personal. Da urteilen also ausgebeutete und überlastete Proletarier auf der einen Seite über die Berechtigung, im Land zu bleiben für Leute auf der anderen Seite, die in der Mehrzahl noch viel mehr ausgebeutet werden und kaum eine andere Chance haben, als hier in einem für sie fremden Land ihr Glück zu versuchen.

Keine Seltenheit ist, wenn diese Menschen die ganze Nacht vor der Ausländerbehörde warten, um am nächsten Morgen hoffentlich dranzukommen. Anträge werden erst auf den

letzten Drücker bearbeitet, oft nur wenige Tage vor Ablauf des Visums. Eine Klage gegen die Ausländerbehörde beschleunigt oft die Verfahren, aktuell gibt es 73 Fälle – eine geringe Anzahl gegenüber den Tausenden Verfahren, die derzeit unbearbeitet sind.

### Gründe für die Überlastung gibt es viele:

Personalmangel, die komplizierte Rechtslage, die eine lange Einarbeitung der Mitarbeiter erfordert, schleppende Digitalisierung, fehlende Hinweise in mehreren Sprachen und mehr Flüchtlinge infolge des Ukrainekriegs.

Technologieunternehmen, Gastronomie oder Krankenhäuser klagen alle über die unsinnige Verwaltungsprozedur, durch die sie zuweilen ihre Angestellten verlieren. Wenn diese in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, bedeutet das konkret etwa weniger Operationen, die im Krankenhaus durchgeführt werden. Doch die bürgerliche Politik hat hier keine Lösung. Sie möchte, wohl auch um die rechtskonservativen bis faschistischen Kräf-

te im Land zu besänftigen, die Verfahren zur Erteilung von Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis weiterhin schleppend und undurchschaubar halten.



Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: DKP Stuttgart  
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto: IBAN: DE03600501010002078906, BIC: SOLADEST600

Kontakt zur DKP-Kreisorganisation Stuttgart:  
mail@dkp-stuttgart.org



Alle Infos auf:  
pogromnachtcannstatt.wordpress.com

## GEDENKEN AN DIE POGROMNACHT 1938

Gedenkkundgebung

am Donnerstag, 9. November 2023

ab 18.00 Uhr auf dem Cannstatter Marktplatz

anschließend Demonstration zum Platz der ehemaligen Synagoge

19.00 Uhr Kranzniederlegung

Mit Redebeiträgen von:

Sidar Carman; stellv. Geschäftsführerin, ver.di Bezirk Stuttgart

Vertreter:in des Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS)

Beitrag Stuttgarter Jugendorganisationen

Kulturprogramm:

Freier Chor Stuttgart mit antifaschistischen Liedern

Konzertveranstaltung am Abend mit dem duo eyla und yidishen Liedern, Albert Kunze (Gesang) und Vladimir Romanov (Klavier).

Donnerstag, 9. November um 19.30 Uhr in der Stadtkirche Cannstatt – Marktplatz 1, 70372 Cannstatt

Konzertveranstaltung

"Unerhörte Schätze entdecken, Musik aus dem Exil" am 19.11. um 17 Uhr im Bezirksrathaus